



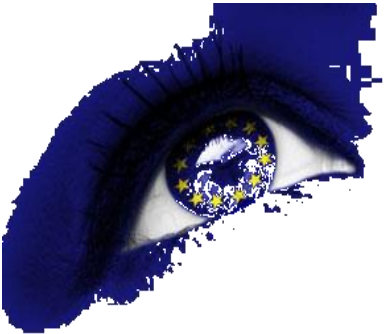
Undemokratisches Kammerenspiel in Brüssel?

Ein Überblick über die Haltung der Abgeordneten
des Europaparlaments zur Wahl der Kommissions-
präsidentin

Jakob Simons

November

2019



Einführung

Manfred Weber, Frans Timmermans, Margrethe Vestager – keiner dieser drei Politiker tritt am 1. November 2019 den Posten des EU Kommissionspräsidenten an. Alle drei waren als europäische Spitzenkandidaten ins Rennen gegangen, alle drei mussten sich Ursula von der Leyen geschlagen geben.

Margrethe Vestager und Frans Timmermans erhalten jeweils den Stellvertreterposten, Manfred Webers europäische Zukunft ist hinsichtlich eines Spitzenamtes ungeklärt.

Dabei war von der Leyen während der Europawahl weder europäische Spitzenkandidatin für die Europawahl, noch bereits zuvor Abgeordnete im Europaparlament, sondern deutsche Verteidigungsministerin. Sie spielte auf europäischer Ebene ausschließlich in dieser Funktion eine Rolle.

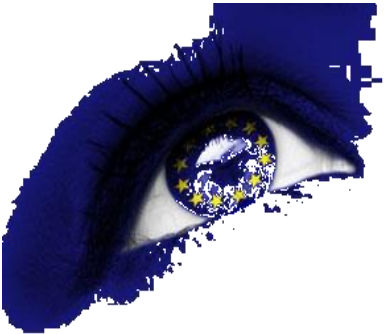
Dieser Wahlvorgang wurde zwar in der Presse begleitet und hinsichtlich seiner politischen Problematik aufgearbeitet, die Sicht der Abgeordneten jedoch nur spärlich beleuchtet. Da es sich bei den europäischen Abgeordneten aber ebenso um Volksvertreter handelt, wie bei Landtagsabgeordneten oder solchen des Bundestages, erscheint es sinnvoll, die Haltungen der Abgeordneten in der Diskussion um die Frage der Beurteilung des Wahlvorgangs nicht zu vernachlässigen.

Daher soll im Folgenden durch Auswertung der Antworten der Parlamentarier im Rahmen eines vom Verfasser schriftlich geführten Interviews ein Überblick über die Reaktionen der Mitglieder des Europaparlaments gegeben werden.

Wenngleich jedoch viele Abgeordnete die Aufarbeitung des Sachverhalts durchaus explizit begrüßten und ausdrückten, dass sie die Information der Bürger über die Ansichten der Volksvertreter auf europäischer Ebene für einen wichtigen Schritt zur Stärkung des demokratischen Systems der EU hielten, antworteten nur insgesamt sechs der über 100 angeschriebenen Abgeordneten unter Verweis auf die hohe Arbeitsauslastung und fehlende Zuständigkeit inhaltlich auf die Anfrage des Verfassers. Insofern kann der folgende Beitrag nur ein kleines Spektrum der Ansichten der Abgeordneten in Bezug auf die Kommissionspräsidentenwahl abbilden und erhebt daher keinerlei Anspruch auf eine repräsentative Abbildung des Stimmungsbildes der Abgeordneten.

Den Abgeordneten wurden die folgenden Fragen gestellt.

1. Haben Sie die Wahl der Präsidentin der europäischen Kommission als problematisch wahrgenommen?



2. Viele Spitzenkandidaten waren den meisten EU-Wählern unbekannt. Dennoch mussten sie gewählt werden. Halten Sie das Prinzip der europäischen Spitzenkandidaten für einen Fortschritt auf dem Weg zu Etablierung eines bürgernäheren, demokratischeren Europas (unabhängig von der Wahl des Präsidenten) und aus welchen Gründen?
3. Halten Sie den Grundsatz, nur diese Spitzenkandidaten sollten zum Präsidenten gewählt werden können, für geeignet, eine demokratischere, bürgernähere und transparentere Wahl des Kommissionspräsidenten / der Kommissionspräsidentin zu ermöglichen?
4. Wie haben Sie den Vorschlag Frau von der Leyens zur Wahl der Kommissionspräsidenten wahrgenommen; wie den Prozess, der zu diesem Vorschlag führte?
5. Fürchten Sie durch die Umstände der Wahl eine Beeinträchtigung der Arbeit der Kommission, gerade hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Präsidentin?
6. Welche Maßnahmen erwarten Sie sich von der Kommissionspräsidentin hinsichtlich der Demokratisierung der EU?

Die Antworten der Parlamentarier werden im Folgenden nicht zwangsläufig einzeln dargestellt und auch eine Gliederung nach den einzelnen Fragen findet nicht statt. Vielmehr soll ein Überblick erstellt werden, der die Fragen bündelt und so ein einheitlicheres Stimmungsbild zu vermitteln versucht.

Hintergrund der Debatte

Hintergrund der überraschenden Personalie von der Leyen ist das System, nach dem das Amt des Kommissionspräsidenten besetzt wird: Der Europäische Rat – also das Gremium der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union – schlägt gemäß Art. 17 Abs. 7 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) nach vorheriger Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit einen Kandidaten zur Wahl durch das Europäische Parlament vor. Qualifizierte Mehrheit bedeutet dabei gemäß Art. 16 EUV i.V.m. Art. 238 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, dass 72 % der Staaten, die insgesamt 65% der Gesamtbevölkerung repräsentieren, den Vorschlag annehmen. Es müssen also jedenfalls 21 von 28 Staaten einen Kandidaten unterstützen.

Grundsätzlich „berücksichtigt“ der Rat ferner gemäß Art. 17 Abs. 7 EUV bei seiner Beratung und Einigung das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament. Diese Berücksichtigung ist in ihrer Ausgestaltung jedoch nicht näher konkretisiert. Allerdings formulierte das Europäische Parlament fraktionsübergreifend im Zuge der Europawahl 2014 den Grundsatz, keinen Kandidaten zum Kommissionspräsidenten zu wählen, der nicht zuvor als Spitzenkandidat angetreten war. Zwar entfaltet dieser Grundsatz des Europäischen



Parlaments keinerlei rechtliche Bindung, war aber als Signal an den Europäischen Rat durchaus deutlich und bei der Wahl Jean-Claude Junckers 2014 auch angewandt.

Die Ratsmitglieder konnten sich jedoch nicht auf einen der Spitzenkandidaten einigen, weshalb eine alternative Lösung gefunden werden musste. Diese initiierten Macron und Merkel durch den Vorschlag von der Leyens.

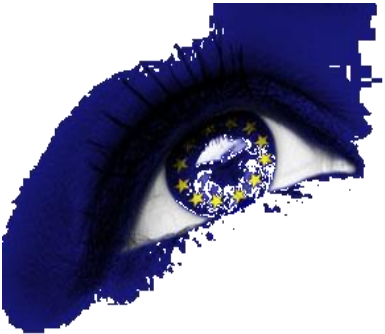
Wie nahmen die Abgeordneten den Vorschlag von der Leyens zur Kommissionspräsidentin wahr?

Einige Abgeordnete fühlten sich durch die Entscheidung des Europäischen Rats hinter- und übergangen. Sie sahen darin eine Schwächung des Demokratieprinzips, welches durch das Prinzip der Spitzenkandidaten bei der Europawahl gerade hatte gestärkt werden sollen.

So formulierten einige Abgeordnete, sie hielten es für Wählertäuschung, dass die Kommissionsspitze durch jemanden besetzt wurde, der bei der Europawahl nicht kandidiert hatte. Von der Leyen habe sich nicht in einem europäischen Wahlkampf beweisen müssen und mit ihrer Person seien keine Inhalte verknüpft.

Zudem fühlen sich die Abgeordneten hinsichtlich der Personalie von der Leyen um die Möglichkeit gebracht, sich über die zu wählende Kandidatin zu informieren. Die Rede von der Leyens im Parlament mit anschließender Fragerunde war für viele Abgeordnete nicht ausreichend, um sich ein fundiertes Bild der politischen Agenda von der Leyens zu machen.

Darüber hinaus besteht Einigkeit, dass die Vorgehensweise des Rates nicht nur politisch zweifelhaft war, sondern auch die Wahrnehmung der europäischen Politik in der Öffentlichkeit geschwächt hat. Denn das Prinzip der Spitzenkandidaten sei im Wahlkampf zur Europawahl breit unterstützt worden, weshalb davon auszugehen gewesen sei, dass sich auch daran gehalten werde. Allerdings geben einige Abgeordnete zu bedenken, dass der Europawahlkampf in den einzelnen Ländern durchaus unterschiedlich stark auf das Thema der Spitzenkandidaten fokussiert gewesen sei. So sei das Thema in Deutschland zwar für wichtig gehalten worden, in anderen Teilen Europas jedoch weit weniger präsent gewesen. Auch hier sehen die Abgeordneten einen Bedarf nach einem einheitlicheren Vorgehen.



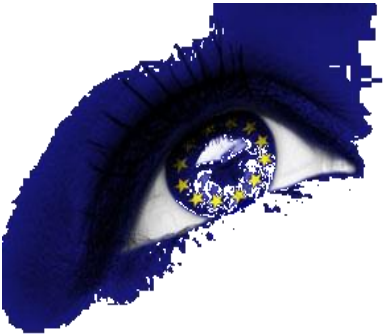
Einigkeit besteht weiter dahingehend, dass die Blockade Macrons, Orbans und Sanchez' die Problematik überhaupt ausgelöst hat und in Folge dessen die maßgeblich von Macron und Merkel bevorzugte Personalie an die Spitze der Kommission gewählt worden ist. Dabei erkennen die Abgeordneten nicht die europäische Idee als maßgebliche Triebfeder dieser Vorgehensweise, sondern maßgeblich nationale Eigeninteressen. Einige betonen, dass hierdurch die europäische Idee ad absurdum geführt und der Zersplitterung Europas Vorschub geleistet werde, da solche „Hinterzimmerpolitik“ die Bürger von Europa verunsichern würde und sie das Vertrauen in das europäische Wahlrecht im Speziellen und die europäische Integrität im Allgemeinen verlören.

Einige Abgeordnete sehen allerdings nicht nur den Europäischen Rat in der Pflicht, ein transparenteres Wahlprozedere zu garantieren, sondern kritisieren auch, dass das Parlament, trotz zuvoriger Einigung auf das Spitzenkandidatenprinzip dem Vorschlag des Rates gefolgt ist. Hierdurch habe das Parlament seine Position gegenüber dem Rat geschwächt und dessen undurchsichtige Vorgehensweise wenngleich nicht legitimiert, so doch als zur Durchsetzung der Interessen des Rates gangbaren Weg erscheinen lassen.

Halten die befragten Abgeordneten das Spitzenkandidatenprinzip für sinnvoll?

Einige Abgeordnete sehen das System europäischer Spitzenkandidaten als ohnehin überflüssig an und halten es sogar teilweise selbst für Wählertäuschung, dass die Fraktionen im Europaparlament sich auf Spitzenkandidaten einigen wollen, obwohl dieses Vorgehen nicht in dem normierten Prozess zur Besetzung des Kommissionspräsidiums integriert sei. Das Parlament reiße hierdurch Kompetenzen an sich, die nicht vorgesehen seien. Das Vorschlagsrecht zum Amt des Kommissionspräsidenten liege eindeutig beim Rat. Einige sich das Parlament dem vorgelagert nun seinerseits auf einen bestimmten Kreis an Kandidaten, so werde gegen geltendes EU-Recht verstoßen. Darüber hinaus sei es so möglich, dass die großen Fraktionen im Parlament das Wahlergebnis durch einen einheitlichen Vorschlag bereits vorwegnehmen könnten. Daher sei entweder eine Wahlrechtsänderung erforderlich oder man müsse als Parlamentarier das bestehende Wahlrecht akzeptieren und sich auch daran halten.

Entsprechend nehmen das Amt der Kommissionspräsidentin als ein deutlich weniger politisches, eher administratives Amt wahr. Sie gehen deshalb davon aus, dass die Besetzung dieses Postens auch keiner politischen, demokratischen Legitimation bedarf, sondern vielmehr im Sinne eines Verwaltungsakts vorgenommen werden sollte, da es sich nicht um



eine Art „Europäischen Präsidenten“ im Sinne eines Regierungschefs handle, sondern lediglich um den Präsidenten eines europäischen Administrativorgans. Dementsprechend stören sich diese Abgeordneten weniger an dem Umstand, dass kein Spitzenkandidat gewählt wurde, sondern dass das Amt überhaupt unter Einbeziehung parteipolitischer Überlegungen besetzt wird.

Andere Abgeordnete betonten die Wichtigkeit der europäischen Einigung, die auch dadurch vorangetrieben werden könne, dass dem Bürger die Wege zu politischer Macht in Europa einerseits transparenter gemacht würden und andererseits sein demokratisches Teilhaberecht ausgeweitet werde. Insofern sehen einige das Spitzenkandidatenprinzip als wichtigen Baustein der europäischen Demokratisierung an. Sie fordern dementsprechend, das Wahlverfahren im EUV anzupassen und das Spitzenkandidatenprinzip dort dauerhaft zu verankern, sodass es nicht mehr unterlaufen werden könne.

Darüber hinaus halten Abgeordnete das Spitzenkandidatenprinzip für geeignet, Diskussionen und Probleme anhand herausstechender Personen zu kanalisieren und zu kristallisieren, um so den politischen und gesellschaftlichen Diskurs in der EU zu stärken.

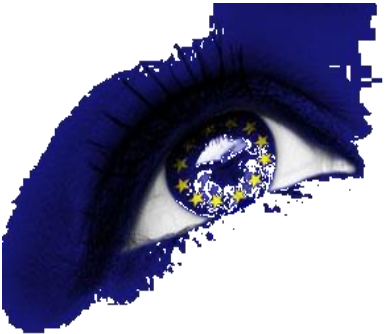
Das Spitzenkandidatenprinzip ablehnend, aber die Demokratisierung unterstützend gibt es auch Stimmen, die eine Stärkung der Direktdemokratie in der EU fordern, um die Rückbindung an den Wählerwillen zu stärken.

Erwartungen an die Arbeit der Kommissionspräsidentin

Die Erwartungshaltung an die Kommissionspräsidentin spiegelt das politische Spektrum wider.

Einigkeit besteht dahingehend, dass die Wahl von der Leyens die Koalitionsbildung innerhalb des Parlaments jedenfalls nicht vereinfacht hat, wodurch die Zusammenführung von Mehrheitsbündnissen auf Dauer schwieriger werden könne. Eine schwerwiegende Belastung der Zusammenarbeit erwartet jedoch kein Abgeordneter, wengleich einige betonen, dass sie der Kommissionspräsidentin skeptisch gegenüberstehen.

Darüber hinaus sehen viele Abgeordneten die europäische Außen- und Sicherheitspolitik im Sinne einer Verteidigungsunion als zentrales politisches Ziel an. Auch der Klimaschutz und die Stabilisierung der Euro-Zone erscheinen mehrheitlich unterstütztes Ziel des Parlaments und damit Forderung an die Kommissionspräsidentin zu sein.



Da Frau von der Leyen kein eigenes Wahlprogramm hatte, speisen sich die Forderungen der Abgeordneten maßgeblich aus den Programmen ihrer Konkurrenten um den Kommissionsvorsitz. Dies erweckte den Eindruck, Frau von der Leyen werde lediglich als Notlösung wahrgenommen und vertrete gleichsam die ursprünglich zur Wahl gestandenen Kandidaten. Wie sich diese Dynamik entwickeln wird, sei fraglich. Jedenfalls müsse es der Kommissionspräsidentin gelingen, ein eigenes Profil zu schärfen, sollte sie sich als politische Instanz verstehen wollen.

Darüber hinaus halten einige Politiker die stockende personelle Besetzung der Kommission für problematisch und sehen mit Blick auf die Arbeit der Fachausschüsse des Parlaments Kooperationshindernisse entstehen.

Einige Abgeordnete fordern die Unterstützung von der Leyens für die weitere Demokratisierung und Einigung der EU, sie fordern die europäische Volksvertretung, also das Parlament, weiter zu stärken und seine Kompetenzen auszuweiten. Hierzu solle die Europawahl noch stärker in den medialen und politischen Diskurs gerückt werden und die Wahlbereitschaft der europäischen Bürger durch die Schaffung erhöhter Transparenz gestärkt werden.

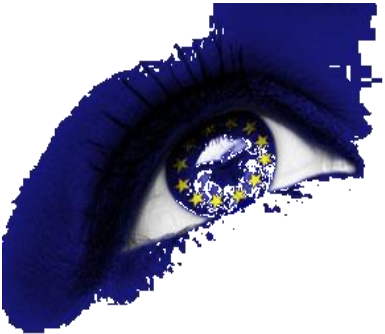
Andere halten die Zentralisierung der EU für den falschen Weg und hoffen auf die Rückverteilung von Kompetenzen an die Mitgliedstaaten.

Zusammenfassung

Schließlich bleibt das Folgende festzuhalten.

Die Parlamentarier halten die Wahl des Kommissionspräsidenten durchweg für ein zentrales Thema der europäischen Politik, welches einer dauerhaften und rechtssicheren Lösung bedarf, wobei die Vorstellungen, wie und ob das Spitzenkandidatenprinzip in den Wahlvorgang eingebettet werden soll, voneinander abweichen.

Sie sind darüber hinaus sämtlich der Ansicht, dass die Information der europäischen Bürger wichtiges Mittel europäischer Einigung und Stabilisierung ist und dass hier Handlungsbedarf besteht. Dies zeigt sich auch in den Antworten vieler Parlamentarier, die zwar nicht inhaltlich auf die Fragen des Verfassers reagierten, die grundsätzliche Problematisierung der Vorgänge aber ausdrücklich begrüßten.



Blickpunkt Brüssel



Daneben scheint die Abgeordneten die Skepsis gegenüber der neuen Kommissionspräsidentin zu einen. Diese Skepsis gründet bei einigen in der Person der Präsidentin selbst, bei anderen maßgeblich in dem Wahlprocedere. Gleichzeitig erwarten die Abgeordneten dennoch eine harmonische und zielführende Legislaturperiode unter der Leitung von der Leyens.